

Dienstag 10. Juli 2018

Nummer 812

[Der Newsletter als PDF](#)

Die Stiftung auf  und 

App der Robert Schuman Stiftung download über [Appstore](#) und [Google Play](#)

— Ich unterstütze die Robert Schuman-Stiftung —

Der Westbalkan und die EU: Zwischen innerem Zusammenhalt und äußerer Stabilität

Autor : Pierre Mirel



Während der Gipfel von Sofia am 17. Mai das wiedererstarke Engagement der EU für den Westbalkan verdeutlichte, hat diese ihre Bedingungen noch nicht offengelegt. Pierre Mirel analysiert detailliert den Fortschritt, den jedes der sechs Länder der Region gemacht hat.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : Leitartikel **Kommission** : Polen - Automobile - Österreich
Parlament : Verteidigung - Verkehr - Wahlen - Polen - Haushalt/EU - Urheberrecht
Rat der Europäischen Union : Russland - Österreich - Balkan - EU7Ukraine
Migration : Afrika - Spanien/Griechenland - IOM/Österreich **Diplomatie** : Iran
Europäische Agenturen : Wasserverschmutzung **Deutschland** : Migration
Spanien : Portugal **Frankreich** : Afrika **Ungarn** : Deutschland **Litauen** : OECD
Polen : Gesetz/Justiz **Rumänien** : Absetzung - Korruption
Großbritannien : Deutschland - EU-UK - Rücktritt **Mazedonien** : Name/Land **Republik Moldau** : Aussetzung/Hilfen **WTO** : Protektionismus **OECD** : Arbeit - Ernährung - Gesundheit **Eurostat** : Arbeitslosigkeit **Kultur** : Ausstellung/Berlin - Jazz/Edinburgh - Festival/Madrid - Festival/Bilbao - Ausstellung/Rom - Festival/Avignon

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

Wie lange noch, NATO?



Nach der UNESCO und dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen,... möchte Donald Trump auch die NATO verlassen? Sind seine Ablehnung multilateraler Organisationen und seine immer schärfer werdende Kritik an der EU vereinbar mit einem Verbleib der Vereinigten Staaten in der Allianz? Dies sind Fragen, die Jean-Dominique Giuliani in einem neuen Leitartikel aufwirft... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Rechtsstaatlichkeit: Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen



Die Europäische Kommission hat am 2. Juli wegen des polnischen Gesetzes über das Oberste Gericht ein Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet und Polen ein entsprechendes Aufforderungsschreiben übermittelt... [Fortsetzung](#)

Zölle auf Automobilimporte: Warnung an die Vereinigten Staaten



Nachdem sie von Donald Trump beschuldigt worden war, für den amerikanischen Handel genauso schädlich wie China zu sein, gab die Europäische Union am 2. Juli eine Warnung vor den desaströsen Konsequenzen möglicher amerikanischer Zölle auf importierte Automobile ab. Die Europäische Kommission betonte, dass die amerikanische Wirtschaft "das erste Opfer" solcher Maßnahmen sei... [Fortsetzung](#)

Kommissarskollegium zu Besuch in Wien



Das Kollegium der Europäischen Kommission begab sich am 6. Juli nach Wien, um über die Prioritäten der Union im Rahmen der österreichischen Ratspräsidentschaft zu sprechen. Präsident Juncker betonte, dass Österreich zu einem kritischen Zeitpunkt die Präsidentschaft übernehme und ermutigte dessen Regierung, als "Brückenbauer und unparteiischer Vermittler" aufzutreten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament :

Schaffung eines Europäischen Fonds zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments befürworteten am 3. Juli mit 478 gegen 179 Stimmen bei 23 Enthaltungen die Schaffung eines Europäischen Fonds zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich. Das erste europäische Programm dieser Art umfasst für die Jahre 2019 und 2020 knapp 500 Mio. Euro und trägt zur Entwicklung neuer Produkte und besserer Technologien bei... [Fortsetzung](#)

Schaffung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments befürworteten am 5. Juli die Schaffung eines Europäischen Reiseinformations- und -genehmigungssystems (ETIAS) sowie die Stärkung der Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Großsystemen im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts (eu-LISA). Vor ihrer Einreise müssen visumfreie Einreisende künftig über das System eine Erlaubnis zur Einreise einholen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Modernisierung des europäischen Wahlgesetzes



Das Europäische Parlament hat am 4. Juli mit 397 gegen 207 Stimmen bei 62 Enthaltungen ein neues Wahlgesetz angenommen. Unter den Neuerungen ist eine Zwei- bis Fünf-Prozent-Hürde für Länder mit mehr als 35 Sitzen. Ziel sei es, die Wahlbeteiligung zu erhöhen und den europäischen Charakter der Wahlen herauszustellen... [Fortsetzung](#)

Der polnische Premier spricht vor dem Europäischen Parlament



Der polnische Premier Mateusz Morawiecki verteidigte am 4. Juli vor dem Europäischen Parlament die umstrittenen Justizreformen seines Landes. Die Kommission hatte am 2. Juli ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Polen angestrengt... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Prioritäten für den Haushalt 2019



Die Abgeordneten des Europäischen Parlament verabschiedeten am 5. Juli mit 399 gegen 146 Stimmen bei 87 Enthaltungen eine Entschließung zu ihren Prioritäten in den Haushaltsverhandlungen mit dem Rat für das Jahr 2019. Darunter fallen Jugend, Wachstum, Sicherheit, Klima und Migration... [Fortsetzung](#)

Ablehnung der Reform des Urheberrechts



Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments lehnten am 5. Juli die Reform des Urheberrechts ab. Diese war von Kultur- und Kunstschaffenden sowie Zeitungsverlegern befürwortet, von Internetgiganten und Netzaktivisten hingegen abgelehnt worden. 318 Abgeordnete stimmten für die Reform, 278 dagegen, 31 enthielten sich. Das Ziel der von der Kommission vorgeschlagenen Reform war eine Anpassung des Urheberrechts an das digitale Zeitalter. Der Entwurf wird im September erneut vorgelegt... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Verlängerung der Sanktionen gegen Russland



Der Rat verlängerte am 5. Juli die Wirtschaftssanktionen gegen Russland bis zum 31. Januar 2019. Zuvor hatten Angela Merkel und Emmanuel Macron dem Europäischen Rat vom 28. und 29. Juni die Fortschritte in der Umsetzung des Minsker Abkommens präsentiert... [Fortsetzung](#)

Prioritäten der österreichischen Ratspräsidentschaft



Der österreichische Kanzler Sebastian Kurz präsentierte am 3. Juli im Straßburger Europaparlament die Prioritäten der österreichischen Ratspräsidentschaft. Dazu zählen der Schutz der Außengrenzen der Union, die Wettbewerbsfähigkeit, europäische Hochtechnologie sowie eine aktive Nachbarschaftspolitik und eine langfristige Integration des Westbalkans in die Union... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Treffen mit den Wirtschaftsministern des Westbalkans



Unter dem gemeinsamen Vorsitz Österreichs und Großbritanniens trafen sich am 4. Juli in Wien die Wirtschaftsminister des Westbalkans im Rahmen des Berlin-Prozesses. Themen waren die notwendigen Investitionen in die Digitalisierung, die Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie die regionale Integration... [Fortsetzung](#)

20. EU-Ukraine-Gipfel



Der ukrainische Präsident Petro Poroschenko, Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sowie Ratspräsident Donald Tusk waren am 9. Juli beim 20. EU-Ukraine-Gipfel zugegen. Die Union unterstrich dabei ihre Unterstützung für die territoriale Integrität der Ukraine und begrüßte die "positiven Ergebnisse" der Partnerschaft mit Kiew. Zahlreiche weitere Themen waren Gegenstand des Gipfels, unter anderem der Konflikt im Osten des Landes, Reformen zur Korruptionsbekämpfung, Energiesicherheit und die Befreiung ukrainischer politischer Gefangener aus Russland. Die EU erinnerte des Weiteren an die russische Verantwortung für den Abschuss des Flugzeugs MH-17 im Jahr 2014... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Migration :

Hilfe für Nordafrika



Die Europäische Kommission hat am 6. Juli drei neue Programme mit Bezug auf die Migration in Nordafrika mit einem Gesamtvolumen von über 90 Mio. EUR genehmigt. Durch die neuen Programme im Rahmen des Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika werden die EU-Unterstützung für Flüchtlinge und schutzbedürftige Migranten erhöht und die Fähigkeit der Partnerländer, ihre Grenzen besser zu verwalten, verbessert... [Fortsetzung](#)

Nothilfen für Griechenland und Spanien



Die Europäische Kommission hat am 2. Juli zusätzliche Soforthilfen in Höhe von 45,6 Mio. EUR gewährt, um Spanien und Griechenland bei der Bewältigung der migrationsbedingten Herausforderungen zu unterstützen, mit denen diese Länder konfrontiert sind. Angesichts der gestiegenen Zahl der Neuankömmlinge wird Spanien 25,6 Mio. EUR zur Verbesserung der Aufnahmekapazitäten sowie zur Steigerung der Rückführungsquote erhalten. Weitere 20 Mio. EUR werden dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) gewährt, um die Aufnahmebedingungen in Griechenland zu verbessern... [Fortsetzung](#)

Empfehlung der IOM an die österreichische Ratspräsidentschaft



Die Internationale Organisation für Migration (IOM) hat am 3. Juli Empfehlungen für die österreichische EU-Ratspräsidentschaft ausgesprochen. Sie konzentriert sich darin insbesondere auf die Grenzen in Afrika, den mehrjährigen Finanzrahmen sowie den internationalen Pakt für sichere, geordnete und reguläre Migration (dessen Verabschiedung für Ende 2018 vorgesehen ist)... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Treffen zum Atomabkommen mit dem Iran



Der iranische Außenminister Mohammed Dschawad Sarif traf sich am 6. Juli in Wien mit seinen französischen, britischen, russischen und chinesischen Amtskollegen sowie der Hohen Repräsentantin der Union. Dabei wurden Wege eruiert, wie das Atomabkommen mit dem Iran angesichts des kürzlichen amerikanischen Rückzugs beibehalten werden könnte. Die Teilnehmer des Treffens betonten ihr Engagement für das Abkommen und wünschen eine Fortsetzung der Verhandlungen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Europäische Agenturen :

Bericht zur Wasserqualität in Europa



Laut einem Bericht zur Wasserqualität der Europäischen Umweltagentur erfüllt eine große Mehrheit der europäischen Gewässer nach wie vor nicht das in der Europäischen Union angestrebte Minimalziel des "guten Zustands". Trotz der Fortschritte in der Verbesserung der Umweltqualität vieler Seen, Flüsse, Küstengewässer und des Grundwassers in Europa in den letzten Jahrzehnten bestehen weiterhin ernsthafte Bedrohungen für deren langfristige Gesundheit... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Deutschland :

Einigung in der Migrationsfrage



Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel hat sich am 5. Juli in Migrationsfragen mit der CSU und der SPD geeinigt. Weder wird es einseitige Grenzsicherungen geben, noch Lager auf deutschem Boden. Stattdessen werden "Transitzonen" eingerichtet und abzuweisende Asylbewerber in Einrichtungen des Grenzschutzes in Gewahrsam genommen... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Besuch des spanischen Regierungschefs in Portugal



Der spanische Premier Pedro Sánchez traf sich am 2. Juli in Lissabon mit seinem portugiesischen Amtskollegen António Costa. Die beiden sprachen insbesondere über Fragen der Migration, die Notwendigkeit einer "Fiskalkapazität" der Eurozone, den mehrjährigen Finanzrahmen der EU und die Vernetzung der Energieversorgung auf der iberischen Halbinsel. Sánchez kündigte an, dass am 27. Juli ein Gipfel stattfinden werde, an dem Spanien, Portugal, Frankreich und die Europäische Kommission teilnehmen werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Frankreich :

Emmanuel Macron in Mauretanien, Nigeria und auf dem 31. Kongress der Afrikanischen Union



Vom 2. bis 4. Juli begab sich der französische Präsident Emmanuel Macron nach Nigeria und Mauretanien, wo er am 31. Kongress der Afrikanischen Union teilnahm. Er führte dabei Gespräche zum Kampf gegen den Terrorismus, zur Entwicklung des Kontinents sowie zu Migrationsfragen, die er als "größte Herausforderung von heute und der kommenden Jahre" bezeichnete. Ihm zufolge sei die Herausforderung "vor allem eine demographische", eng verbunden mit einem "geschwächten Sicherheitsumfeld"... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Ungarn :

Besuch Viktor Orbans in Berlin



Der ungarische Premier Viktor Orbán traf sich am 5. Juli mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel in Berlin. In Bezug auf Migrationsfragen bedauerte die Kanzlerin die Verletzung der Dublin-Regelungen durch Ungarn sowie dessen Mangel an Menschlichkeit. Orbán erinnerte seinerseits an seinen Willen, die Grenzen seines Landes geschlossen zu halten... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Litauen :

Litauen ist das 36. Mitglied der OECD



Die OECD veröffentlichte am 5. Juli einen Bericht zu den jüngsten Wirtschaftsreformen in Litauen. Demnach stärken diese das Wachstum, selbst wenn "weitere Anstrengungen zur Erhöhung der Produktivität vonnöten" seien. Der Bericht betont des Weiteren mehrere Probleme wie die Ungleichheit bei den Einkommen, die Alterung der Gesellschaft und die Abwanderung insbesondere junger Litauer. Litauen ist am selben Tag das 36. Mitglied der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung geworden, sein Beitrittsprozess hatte knapp drei Jahre in Anspruch genommen... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Polen :

Gesetz zum Obersten Gerichtshof in Kraft



Das umstrittene Gesetz zur Reform des Obersten Gerichtshofs ist am 4. Juli in Kraft getreten. Das Gesetz setzt unter anderem das Pensionierungsalter für Richter von 70 auf 65 Jahre herab, was zum Ausscheiden von etwa einem Drittel aller Richter führt. Gerichtspräsidentin Malgorzata Gersdorf verweigert hingegen ihren Rücktritt und wurde am 5. Juli von mehreren tausend Demonstranten in Warschau unterstützt. Auch Friedensnobelpreisträger Lech Walesa sprach den Demonstranten seine Unterstützung aus... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Rumänien :

Absetzung der Chefin der Antikorruptionsbehörde



Um einem Amtsenthebungsverfahren durch die Regierung zuvorzukommen, gab der rumänische Präsident Klaus Iohannis am 9. Juli doch noch grünes Licht für die Absetzung der Chefin der Antikorruptionsbehörde (DNA), Laura Codruta Kövesi. Der Oberste Gerichtshof hatte den Präsidenten am 30. Mai dazu aufgefordert, sein Veto gegen die von den regierenden Sozialdemokraten gewünschte Absetzung Kövesis zurückzunehmen. Ebenso wie die europäischen Institutionen und mehrere EU-Mitgliedstaaten, hatte auch Kövesi die umstrittenen Justizreformen der Regierung kritisiert. Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs trägt nicht zum Ansehen Rumäniens bei... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Parlament lockert die Strafen für Korruption



Das rumänische Parlament hat am 4. Juli eine umstrittene Lockerung der Korruptionsgesetze beschlossen. Demnach soll der Missbrauch eines Amtes nur noch bestraft werden, falls der Amtsträger "einen Vorteil für sich selbst oder seine Familie" daraus zieht, im Gegensatz zu Dritten oder Organisationen. Präsident Klaus Iohannis kritisierte das Gesetz und kündigte an, den Obersten Gerichtshof anzurufen. Bei dem Gesetz handelt es sich um einen Teil einer ganzen Reihe von Maßnahmen, die seit 2016 verabschiedet wurden. Damals war SPD-Präsident Liviu Dragnea zu zwei Jahren Haft für Korruption verurteilt worden, am 21. Juni dieses Jahres nochmals zu dreieinhalb Jahren... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) | [Andere Links](#)

Großbritannien :

Theresa May zu Besuch in Berlin



Die britische Premierministerin Theresa May traf am 5. Juli die deutsche Kanzlerin Angela Merkel, die zur Einhaltung des Zeitplans für die Brexit-Verhandlungen gemahnte, der eine finale Einigung für Oktober vorsieht. Theresa May präsentierte dabei ihre Vorschläge zur Offenhaltung der irischen Grenze... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Kabinetttreffen zu den künftigen Beziehungen des Vereinigten Königreiches zur Europäischen Union

Eine Freihandelszone mit der EU und ein neues Zollregime: Theresa



May stellte am 6. Mai ihre Vorstellungen von der künftigen Beziehung ihres Landes zur Europäischen Union vor. Sie betonte, dass ihre in Fragen des Brexit tief gespaltenen Minister zu einer "gemeinsamen Position" gekommen seien... [Fortsetzung](#)

Rücktritte von David Davis und Boris Johnson



Brexit-Minister David Davis und Außenminister Boris Johnson traten am 9. Juli aufgrund eines Dissenses mit Theresa May über deren Brexit-Plan zurück. Sie wurden durch Dominic Raab und Jeremy Hunt ersetzt...

[Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Mazedonien :

Das Parlament stimmt ein zweites Mal über das Abkommen mit Griechenland ab



Das mazedonische Parlament ratifizierte am 5. Juli erneut das kürzliche Abkommen mit Griechenland, das eine Umbenennung des Landes in "Republik Nordmazedonien" vorsieht. Zuvor hatte sich der mazedonische Präsident Gjorge Ivanov geweigert, das Abkommen zu unterzeichnen. Ende September wird eine Volksabstimmung stattfinden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Republik Moldau :

Aussetzung der europäischen Finanzhilfen



Die Europäische Union gab am 5. Juli bekannt, dass sie ihre Finanzhilfen für die Republik Moldau aussetzen werde. Zuvor hatte der Oberste Gerichtshof des Landes entschieden, die Wahl des Anti-Korruptions-Kandidaten Andrei Năstase zum Bürgermeister von Chişinău am 25. Juni annullieren zu lassen. Năstase hatte 52,08% der Stimmen erhalten, sein Wettbewerber Ion Ceban hatte seine Niederlage eingestanden. Der Hohen Repräsentantin Federica Mogherini zufolge sei die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs "nicht transparent" und "beraube die Bürger von Chişinău eines demokratisch gewählten Bürgermeisters". Am gleichen Tag verabschiedete auch das Europäische Parlament eine Entschließung zur Angelegenheit... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

WTO :

Bericht zu Handelshemmnissen



Die WTO veröffentlichte am 4. Juli ihren 19. Bericht zu von den Staaten der G20 errichteten Handelshemmnissen. Dieser deckt den Zeitraum von Mitte Oktober 2017 bis Mitte Mai 2018 ab. Demnach wurden 39 neue Handelshemmnisse errichtet, beinahe doppelt so viele wie in der vorangegangenen Periode. Dem Direktor der WTO, Roberto Azevêdo, zufolge, seien die Erkenntnisse des Berichts "wahrlich besorgniserregend"... [Fortsetzung](#)

OECD :

Beschäftigungsaussichten für 2018



Die OECD veröffentlichte am 4. Juli ihre Beschäftigungsaussichten für das Jahr 2018. Demnach sei die Arbeitslosigkeit in den meisten OECD-Staaten unter oder mindestens auf dem Niveau vor der Finanzkrise. Insbesondere in der Eurozone erreiche die Zahl der offenen Stellen ein Rekordniveau. Dennoch betont der Bericht eine "nie dagewesene" Stagnation der Löhne, die "das Vertrauen der Öffentlichkeit in die wirtschaftliche Erholung" unterminierte... [Fortsetzung](#)

Landwirtschaftliche Aussichten für 2018 bis 2027



Die OECD und die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen veröffentlichten am 3. Juli ihre gemeinsamen landwirtschaftlichen Aussichten für die Jahre 2018 bis 2027. Demnach werde die weltweite Produktion weiter steigen, während die Nachfrage aber nachlasse. Der Bericht prognostiziert einen schrumpfenden Anteil Osteuropas an der weltweiten Produktion, bei gleichzeitig "hoher Produktivität und Arbeitsleistung"... [Fortsetzung](#)

Gemeinsamer Bericht der OECD, der WHO und der Weltbank zur Gesundheitsversorgung



Die OECD, die WHO und die Weltbank veröffentlichten am 5. Juli einen gemeinsamen Bericht zur Gesundheitsversorgung. Dem Bericht zufolge verschärft die sich verschlechternde Gesundheitsversorgung die globalen Auswirkungen von Krankheiten und erhöht die Kosten für Behandlung und Pflege. In wohlständigen Ländern erfahren 10 Prozent der Patienten Komplikationen während ihrer Behandlung, während etwa 15 Prozent der Behandlungsausgaben durch Behandlungsfehler oder im Krankenhaus erworbene Infektionen verursacht werden... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Rückgang der Arbeitslosigkeit



Laut Eurostat-Zahlen vom 2. Juli, ist im Mai 2018 die saisonbereingte Arbeitslosenquote in der EU auf 7%, in der Eurozone auf 8,4% gefallen. Es sind dies die niedrigsten Werte seit August 2008... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Ausstellung zu Wim Wenders in Berlin



Bis zum 29. September zeigt das Berliner C/O 240 Polaroid-Bilder von Wim Wenders aus den 60er- bis 80er-Jahren. Die Bilder stammen aus seinem Tagebuch und wurden auf Reisen, Tournéeen oder an Abenden mit Freunden aufgenommen. Das Kino Delphi LUX begleitet die Ausstellung mit einer Retrospektive der Filme des Regisseurs... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Jazzfestival Edinburgh



Das Jazzfestival Edinburgh findet vom 13. bis 22. Juli statt. Im Jahr 1978 vom Gitarristen Mike Hart gegründet, präsentiert das Festival große Künstler aus aller Welt... [Fortsetzung](#)

Festival Mad Cool in Madrid



Vom 12. bis 14. Juli findet im historischen Zentrum der spanischen Hauptstadt Madrid das Festival Mad Cool statt, das europäischen Pop und Rock zeigt... [Fortsetzung](#)

Festival BBK Live



Vom 12. bis 14. Juli findet in Bilbao das diesjährige Festival BBK Live statt. Unter den auftretenden Künstlern sind Florence and the Machine, The XX und die Gorillaz... [Fortsetzung](#)

Ausstellung zu den Grenzen des Römischen Reichs



Das Museum der Römischen Kaiserforen zeigt bis zum 18. November die mit zahlreichen archäologischen Funden bestückte Ausstellung "Die Grenzen des Römischen Reichs, der Limes an der Donau, von Trajan bis Marc Aurel"... [Fortsetzung](#)

72. Ausgabe des Festivals von Avignon



Bis zum 24. Juli findet zum 72. Mal das Theaterfestival von Avignon statt. Knapp fünfzig Stücke werden in insgesamt 300 Vorstellungen gezeigt... [Fortsetzung](#)

Agenda :



9. Juli
Brüssel
EU-Ukraine-Gipfel



11. Juli
Brüssel
EU-Japan-Gipfel



12. Juli
Brüssel
NATO-Gipfel
Brüssel
Treffen der Eurogruppe



13. Juli
Brüssel
Rat "Wirtschaft und Finanzen"



16. Juli
Brüssel
Rat "Auswärtige Angelegenheiten", Rat "Landwirtschaft und Fischerei"

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Thomas de Robiano, Helen Levy ;
François Henry-Segura, Lily Lajeunesse, Kémi Quinio
Chefredakteur : Thomas de Robiano
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Robert-Schuman-Stiftung wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}